

Standortfaktor  
Integration

## Demographische Entwicklungslinien

# Das graue und das bunte

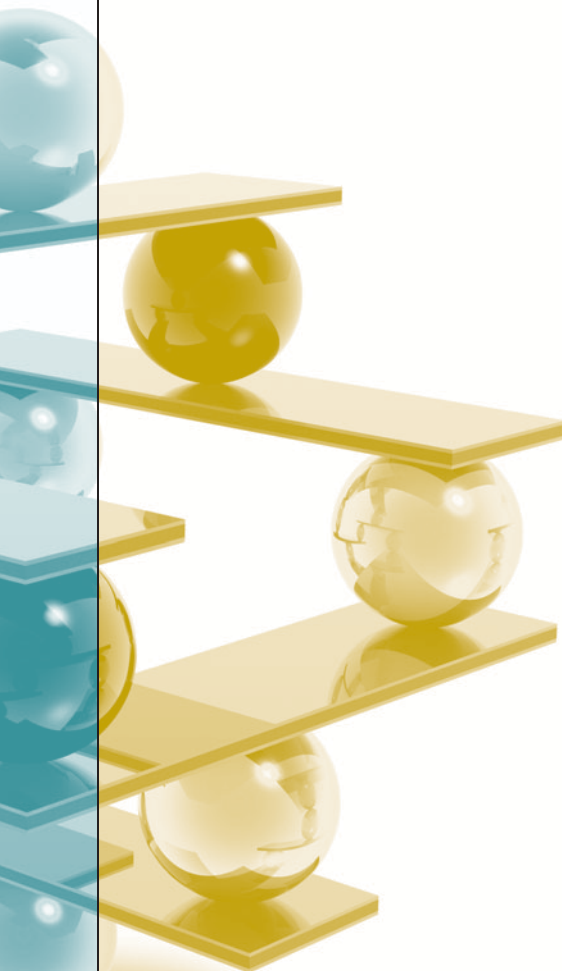
Rainer Münz

Europas Bevölkerung altert. Die Zahl der Einheimischen stagniert. Bevölkerungszuwächse gibt es in weiten Teilen Europas nur noch durch Zuwanderung bzw. durch Kinder von Zuwanderinnen und Zuwanderern. Dennoch leben heute in der Europäischen Union und in den direkt assoziierten Staaten<sup>1</sup> mindestens 513 Millionen Menschen: mehr als jemals zuvor. Etwa 49 Millionen von ihnen sind Migrantinnen und Migranten, haben also ihren Geburtsort in einem anderen europäischen oder außereuropäischen Land.

Und die Zuwanderung aus anderen Teilen Europas und der Welt erlebte in den letzten zehn Jahren ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts betrug der Netto-Wanderungsgewinn West- und Mitteleuropas jährlich zwischen 1,5 und 2,0 Millionen Personen (netto: drei bis vier Neuzuwanderer pro 1.000 Einwohner und Jahr).

Wichtigstes Zielland in Europa ist Russland. Mehr als zwölf Millionen internationale Migranten haben dort ihren Wohnsitz oder Arbeitsplatz. Die meisten von ihnen stammen aus anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. In West- und Mitteleuropa ist die Bundesrepublik Deutschland mit ca. 10,8 Millionen Zuwanderern das bei weitem wichtigste Zielland. Weltweit ist dies (nach den USA und Russland) die drittgrößte zugewanderte Bevölkerung. Größte Zuwanderergruppe sind ethnisch deutsche Aussiedler aus Mittel- und Osteuropa,

gefolgt von Zuwanderern türkischer Abstammung. Innerhalb der EU folgen als Zielländer: Frankreich (6,7 Millionen), Großbritannien (6,5 Millionen), Spanien (6,4 Millionen) und Italien (4,5 Millionen). Auch in der Schweiz (1,8 Millionen), den Niederlanden (1,8 Millionen) und Österreich (1,3 Millionen) kam eine beträchtliche Zahl der Einwohner im Ausland zur Welt. Im europäischen Durchschnitt beträgt der Anteil der Zuwanderer etwa 9,5 Prozent. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Zuwanderer in Kleinstaaten wie Luxemburg und Liechtenstein mit ca. 35 Prozent am größten. Unter den Flächenstaaten Europas hat die Schweiz mit rund 23 Prozent den größten Zuwandereranteil. Danach folgen Irland (19,6 Prozent) und Zypern (17,5 Prozent), wobei dort nur die zugewanderte Bevölkerung im griechischsprachigen Süd-Teil der Insel statistisch erfasst ist. Deutlich über dem europäischen



# Europa von morgen

Durchschnitt liegen auch Österreich (15,6 Prozent), Lettland (15,0 Prozent)<sup>2</sup>, Spanien (14,1 Prozent), und Schweden (14,0 Prozent).

## Wichtigste Trends

Die demographische Entwicklung der letzten Jahre macht zweierlei klar:

– Zum einen wächst in Europa die Zahl der Staaten, in denen mehr Menschen sterben als Kinder zur Welt kommen. Dadurch schrumpft zumindest die einheimische Bevölkerung. 2008 gab es in acht der 27 EU-Staaten – darunter in Deutschland und Italien – weniger Geburten als Sterbefälle. Ob die Einwohnerzahl Europas und Österreichs zukünftig insgesamt schrumpft, hängt somit sehr wesentlich vom Ausmaß der Zuwanderung und von der Kinderzahl der Zugewanderten ab.

– Zum anderen haben inzwischen fast alle Länder West- und Mitteleuropas mehr Zuwanderung als Abwanderung. Dadurch wachsen Zahl und Anteil der zugewanderten Bevölkerung.

Beide Trends führen dazu, dass die Bevölkerung in vielen Ländern Europas nicht bloß durch die demographische Alterung „ergraut“, sondern zugleich durch Zuwanderung ethnisch, kulturell und religiös heterogener – also „bunter“ wird.

## Politische Antworten auf eine alternde Gesellschaft

In den kommenden Jahrzehnten wird sich die demographische Entwicklung der vergangenen Jahre beschleunigen. Geringe Geburtenzahlen werden die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Europa weiter verringern. Dies führt in den kommenden Jahren zu einer schrumpfenden Zahl von jungen Erwachsenen, die mit frischem Wissen aus Europas Bildungssystemen auf den Arbeitsmarkt übertreten. Ohne Zuwanderung würde das Erwerbspotenzial – also Erwerbstätige und Arbeitslose – in der EU-27 von derzeit 238 Millionen bis 2050 auf nur 170 Millionen Personen schrumpfen<sup>3</sup>: ein Rückgang von immerhin 68 Millionen. Darauf gibt es drei mögliche Antworten.

– Im Zentrum steht zweifellos die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Wir sollten das tatsächliche Pensionsalter erhöhen. Voraussetzung dafür ist allerdings ein funktionierender Arbeitsmarkt für ältere Erwerbstätige. Heute gibt es einen solchen Arbeitsmarkt in etlichen Ländern Europas – darunter in Österreich – nicht. Bei einer zukünftig schrumpfenden Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden wir jedoch stärker auf ältere Arbeitnehmer angewiesen sein. Zugleich benötigen wir ein Pensionssystem, das

materielle Anreize bietet, tatsächlich länger zu arbeiten. Wer nach wie vor in Frühpension geht, bekäme dann eine geringere Pension als heute.

– Neben den Älteren bilden in vielen Ländern Europas – auch in Österreich – nicht erwerbstätige Mütter eine „stille Reserve“ des Arbeitsmarktes. Um sie zu aktivieren, benötigen wir eine bessere Kinderbetreuung für Vorschulkinder und ganztägig geöffnete Schulen, in denen Lehrerinnen und Lehrer den Kindern auch nachmittags bei der Bewältigung des Stoffes behilflich sind.

– Schließlich geht es darum, mehr qualifizierte Migranten anzuwerben. Dazu benötigen wir eine pro-aktive Migrationspolitik, aber auch ein Klima der Akzeptanz von Zuwanderern. Wir müssten jenen, die wir nach Europa und Österreich holen, auch das Gefühl geben, dass sie hier erwünscht sind. Sonst werden jene Zuwanderer, die wir aus ökonomischen Gründen benötigen, nicht zu uns kommen, denn um gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten gibt es einen weltweiten Wettbewerb.

Die genannten Vorschläge machen unsere Gesellschaft zwar nicht „jünger“, aber sie tragen dazu bei, das Erwerbspotenzial in seiner Größe zu stabilisieren. Dabei schließen die diskutierten Lösungen einander nicht

aus, sondern sind jeweils in Kombination miteinander sinnvoll. Denn eine „Lücke“ von fast 70 Millionen fehlenden Arbeitskräften wird sich bis 2050 weder allein durch eine längere Lebensarbeitszeit noch durch Zuwanderung schließen lassen. Das jeweilige „Mischungsverhältnis“ führt allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen.

- Geringere staatlich garantierte Pensionen (z.B. für Frührentner) bedeuten entweder weniger Konsum im Alter; oder sie setzen höhere Ersparnisse der älteren Generation von morgen voraus, was auf Konsumverzicht während der Aktivphase hinausläuft.
- Die Strategie der Vollerwerbsgesellschaft zielt auf mehr Berufstätigkeit von Müttern und „jungen Alten“ zwischen 55 und 70 Jahren.
- Permanente Zuwanderung führt hingegen zu einer ethnisch und religiös viel „bunteren“ Gesellschaft.

#### **Politische und zivilgesellschaftliche Staatsbürgerschaft**

Bei wachsender Heterogenität durch Zuwanderung stellt sich einerseits die Frage nach der Staatsbürgerschaft im engeren Sinne, also nach staatsrechtlicher Zugehörigkeit und politischen Rechten. Zum anderen geht es aber um ein zukünftiges gemeinsames (oder getrenntes) kulturelles Selbstverständnis und um zivilgesellschaftliche Zugehörigkeit.

Durch beträchtliche Zuwanderung entsteht eine Diskrepanz zwischen Wohnbevölkerung und Stimmberechtigten. In der EU sind – je nach Land – zwischen 3 und 20 Prozent der Bevölkerung von der politischen Partizipation von vornherein ausgeschlossen. Auf kommunaler Ebene ist der Anteil der nicht stimmberechtigten Bevölkerung oft noch deutlich höher. Umgekehrt räumen viele Staaten ihrer emigrierten Diaspora das Recht auf Beteiligung an heimischen Wahlen ein, selbst wenn diese Wählerinnen und Wähler, solange sie im Ausland leben, von den Folgen der Gesetzgebung des Herkunftslandes nur marginal betroffen sind.

Beides ist problematisch, weil sich die Legitimität demokratischer Willensbildung aus der Repräsentation der von ihr dauerhaft Betroffenen begründet. Grundsätzlich bieten sich zwei Wege an, um dieses demokratische Defizit zu überwinden: einerseits die Erleichterung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft und andererseits der Abbau des Gefälles zwischen Inländern und Ausländern durch Ausweitung staatsangehörigkeitsneutraler Rechte. Beide Wege wurden in mehreren Ländern Europas beschritten.

Zum einen erleichterten manche EU-Staaten den Zugang zur Staatsbürgerschaft für Zuwanderer und deren Kinder. Das Staatsbürgerschaftsrecht der meisten EU-Länder sieht nun die

Möglichkeit der Einbürgerung nicht erst nach sehr langem Aufenthalt oder dem Nachweis ko-ethnischer Abstammung, sondern schon innerhalb überschaubarer Fristen vor. Viele Länder bevorzugen dabei Angehörige der bereits im Land geborenen „zweiten Generation“. Österreich ist beinahe das einzige EU-Land, das die Einbürgerung in jüngerer Zeit erschwerte. Zum anderen besteht eine zunehmende Tendenz, ausländischen Zuwanderern nicht nur soziale, sondern auch gewisse politische Rechte einzuräumen. Im EU-Recht erfolgt dies bei Kommunal- und Europawahlen im Wege der politischen Gleichstellung von Bürgern aller EU-Staaten. Mehrere Länder gewähren aber auch Angehörigen von Drittstaaten, die sich dauerhaft niedergelassen haben, das kommunale Wahlrecht.

Nicht zu übersehen ist: In den meisten europäischen Staaten bestehen – im Vergleich zu den traditionellen Einwanderungsländern in Übersee – noch immer erkennbare Hürden für die Einbürgerung und damit für die politische Integration.

#### **Räumliche Aspekte**

Migration erhöht in den Zielländern die räumlichen Disparitäten. Binnenwanderer wie internationale Zuwanderer bevorzugen städtische Agglomerationen mit attraktiven Bildungseinrichtungen, Arbeitsplätzen und Infrastruktur

angeboten. Dadurch gewinnen diese Agglomerationen an Einwohnern und altern weniger. Zugleich erhöht sich die Heterogenität, was ethno-kulturelle Konflikte wahrscheinlicher macht. Im Gegensatz dazu sind Abwanderungsregionen durch schrumpfende Einwohnerzahlen, geringe Vielfalt und stärkere Alterung geprägt. Zugleich erhöht dieser Prozess in Abwanderungsregionen überproportional die Kosten öffentlicher Infrastruktur sowie die Pro-Kopf-Verschuldung. Die wachsenden Diskrepanzen zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen bzw. deren Bevölkerungen erschweren zweifellos die Suche nach einem gemeinsamen Nenner: nicht nur in den „großen Fragen“ der nationalen und europäischen Identität, sondern auch bei ganz alltäglichen Verteilungsdiskussionen. —

<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um die EWR-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen sowie um die mit der EU bilateral assoziierte Schweiz

<sup>2</sup> In Lettland (und in den anderen beiden baltischen Staaten) kam der überwiegende Teil der im (heutigen) Ausland geborenen Bevölkerung zu sowjetischer Zeit als Binnenwanderer ins Land.

<sup>3</sup> Die Modellrechnung beruht auf der (wenig realistischen) Annahme, dass die Erwerbsquoten nach Alter und Geschlecht zwischen 2010 und 2050 konstant bleiben und es keinerlei Zu- bzw. Abwanderung gibt.

Dr. Rainer Münz leitet die Forschung und Entwicklung der Erste Group. Von 2008-2010 war er Mitglied der EU-Reflexionsgruppe 2020-2030 („EU-Weisenrat“).

### RAUM im Dialog

Migration und Integration sind gesellschaftliche Herausforderungen unserer Zeit. Dahinter stehen aber unzählige individuelle Lebensgeschichten, die von Wanderung, Heimat verlassen, Heimat finden, fremd sein erzählen. RAUM sprach mit Menschen, die heute in Österreich leben. Diese Interviews entstanden in Kooperation mit M-Media, Verein zur Förderung interkultureller Zusammenarbeit. Wir danken Simon Inou für die Vermittlung.

**„Mich kann man nicht vertreiben.  
Ich kenne nur eine Heimat.“**



**Clara Akinyosoye**

Geboren 1988 in Wien, nigerianische Eltern. Österreichische Staatsbürgerin seit 1995.

*Mit welchen Erwartungen kamen Sie nach Österreich? Wurden diese erfüllt oder enttäuscht?*

Ich bin in Wien geboren und habe im Grunde keine Migrationsgeschichte, wenn auch einen Migrationsvordergrund, da meine Eltern aus Nigeria sind. Ihre Wünsche haben sich sicher nicht alle erfüllt. Ein Wunsch eines jeden ist es doch, in einer Gesellschaft vollkommen akzeptiert zu werden, aber Rassismus zerstört das Zugehörigkeitsgefühl zu seiner neuen Heimat.

*Was sind Ihre Perspektiven? Werden Sie in Österreich bleiben? Wovon hängt das ab?*

Manchmal denke ich ans Auswandern, wenn ich sehe, wie hier kulturelle Vielfalt verteuft wird, aber mich kann man nicht vertreiben. Ich kenne nur eine Heimat.

*Was schätzen Sie an Österreich? Was fehlt Ihnen in Österreich?*

Es fehlt an Toleranz und fortschrittlichem Denken. Österreich ist ein

Einwanderungsland. Punkt. Dass es schwarze Österreicher gibt, können oder wollen viele nicht verstehen.

*Fühlen Sie sich in die österreichische Gesellschaft integriert? Worauf kommt es für Sie dabei an?*

Ich fühle mich nicht integriert! Ich war schon immer ein Teil der Gesellschaft, in die sich Zuwanderer integrieren sollen. Erfolgreiche Integration ist aber oft unsichtbar. Dass Migrant/-innen zu Hause Wiener Schnitzel essen und „Millionenshow“ schauen, sieht niemand. Wenn sie in der U-Bahn auf Kroatisch telefonieren, hört das jeder.

*Könnten Sie sich einmal als Österreicherin fühlen?*

Ich fühle und bezeichne mich oft als Österreicherin – meistens im Ausland. In vielen Ländern hat man das Denken, dass alle Schwarzen eigentlich nach Afrika gehören, schon abgelegt. Wenn das in Österreich auch noch geschieht, sage ich stolz, dass ich eine Wienerin bin – eine waschechte.